

Joschka Fischer

Der Vorzeigegrüne

Der 63-jährige Joschka Fischer gilt heute noch als einer der beliebtesten Politiker Deutschlands. Der ehemalige Aussenminister arbeitet heute als Unternehmensberater in Berlin, wird aber nach dem Aufschwung der Grünen von den Medien schon wieder als möglicher Kanzler gehandelt. Gegenüber «persönlich» zieht er ein Fazit über Fukushima, Libyen und Guttenberg.

Interview: **Matthias Ackeret** Bilder: **Keystone**

Herr Fischer, rückblickend gesehen, hat sich die deutsche Politik seit Ihrem Abgang stark verändert?

Ja, momentan herrschen wirklich verrückte Zeiten. Dieser professionelle Akt der Selbstzerstörung, wie wir ihn bei der FDP als Regierungspartei seit eineinhalb Jahren erleben, ist einzigartig. Obwohl ich doch sehr lange in der Politik war, kann ich mich an eine solche Erosion, wie sie Herr Westerwelle vorangetrieben hat, nicht erinnern. Selbst das Ansehen des neuen FDP-Parteivorsitzenden Rösler wurde bereits vor Amtsantritt von seinen Parteifreunden zerstört. Dass liberale Politiker zu einem solchen Chaos fähig sind, ist eigentlich unvorstellbar.

Woran liegt das?

Ich stelle in der deutschen Politik einen grossen Verlust strategischer Orientierung zugunsten umfragegetriebener Taktik fest. Dies sieht man vor allem in der Europapolitik. Es wird aber auch bei der Libyen-Entscheidung im Sicherheitsrat deutlich, wo wir uns von unseren wichtigsten westlichen Partnern vollkommen isoliert haben. Die Aussenpolitik, wie sie Deutschland momentan betreibt, ist eine Farce. Das Signal, welches dadurch ausgestrahlt wird, registrieren unsere Partner mit sehr viel Misstrauen.

Wenn ich Sie sehe, macht es den Anschein, dass Sie persönlich unter der aktuellen Politik leiden.

Für mich ist das furchtbar, und ich mache mir ernsthafte Sorgen, wie dies weitergeht. Man

darf als Deutscher nie vergessen, dass wir in unserer jüngsten Geschichte sehr negative Erfahrungen gemacht haben. Ich reise viel in der Welt herum und stelle immer wieder mit Erstaunen fest, wie schnell sich diese verändert. Der Aufstieg Asiens ist sehr stark

«Deutschland ist zu gross, um den Schweizer Weg zu verfolgen.»

an den europäischen Abstieg gekoppelt. Um diesen zu bremsen, benötigt man eine einheitliche Politik. Fehlt diese, wird es sehr schwierig.

Warum?

Deutschland ist nicht die Schweiz. Aus Schweizer Sicht mag man dies anders beurteilen, aber Deutschland ist zu gross und zu wichtig, um sich von der Aussenwelt abzukapseln. Wenn sich Deutschland von einer europäisch eingebundenen Politik verabschiedet, hat dies massive Auswirkungen auf die europäische Stabilität und Integration. Wir können und dürfen uns nicht raushalten. Man mag dies bedauern oder nicht, aber es handelt sich um einen Fakt. Die Entscheide von Frau Merkel und Herrn Westerwelle stellen unsere ganze bisherige Aussenpolitik infrage. Nochmals: Deutschland ist zu gross, um den Schweizer Weg zu verfolgen, aber zu klein, um auf der Weltbühne allein agieren

zu können. Schlussendlich war die Einbindung Deutschlands in Nato und EU nicht nur das Erfolgsgeheimnis der alten Bundesrepublik, sondern auch des wiedervereinigten Deutschland.

Haben Sie Verständnis für die Schweizer Haltung?

Für die Schweiz immer, aber nicht für unsere gegenwärtige Aussenpolitik. Ich will damit nur sagen, wenn sich Deutschland von der Aussenpolitik verabschiedet, hat dies fatale Folgen für Europa und auch für den Rest der Welt. Für mich ist dies wirklich schwer nachvollziehbar. Aber dieser aktiv betriebene Selbstruin, wie ihn die jetzige Regierung innerhalb der letzten 18 Monate betrieben hat, ist wirklich einzigartig und wird sich auch noch rächen.

Beim Irak-Krieg haben sich die Deutschen auch rausgehalten...

Das war doch eine ganz andere Situation. Beim Irak-Krieg stellte sich die Mehrheit des Sicherheitsrates gegen eine Intervention, weil die Gründe alles andere als überzeugend waren. Im Falle Libyen handelte es sich um die letzte Möglichkeit, um eine Einnahme Benghasis, der zweitgrössten Stadt des Landes, durch Gaddafis Truppen zu verhindern. Wenn die Europäer und Amerikaner nicht interveniert hätten, wäre es wohl zu einer humanitären Katastrophe gekommen, und die Botschaft für alle andern arabischen Diktatoren wäre klar gewesen: Je brutaler du bist, desto grösser wird deine Überlebens-



Joschka Fischer, Grüner der ersten Stunde: «Die Katastrophe in Japan wird unser Leben nachhaltig verändern.»



«persönlich»-Interview mit Joschka Fischer in Berlin-Mitte.

chance sein. Es ist doch klar, mit Gaddafi ist keine Kooperation mehr möglich. Wären wir hingegen auf Gaddafi zugegangen, hätte dies einen vollständigen Glaubwürdigkeitsverlust bedeutet, und er hätte versucht, Europa mit Flüchtlingen zu erpressen.

Aber auch China und Russland haben ihre Stimme zu diesem Einsatz verweigert.

Neben humanitären Gründen gab es sicher auch realpolitische Gründe für eine solche Haltung. Aber die Enthaltung von China und Russland im Sicherheitsrat lief faktisch auf eine verdeckte Zustimmung hinaus. Bei uns war es eher ein verdecktes Nein. Ich verstehe das wirklich nicht.

Sind Sie als Aussenminister Gaddafi einmal persönlich begegnet?

Nein.

Wie wird das deutsche Abseitsstehen im Ausland wahrgenommen?

Ich war am Wochenende in Istanbul bei der International Crisis Group eingeladen, bei der viele ehemalige Aussenpolitiker aus dem angelsächsischen und amerikanischen Raum mitarbeiten. Dort hörte ich nur negative Stimmen. Die Leute beginnen sich um Deutschland zu sorgen, wir werden wieder als unzuverlässig und unberechenbar wahrgenommen. Vorher waren wir fest im west-

lichen Bündnis eingebunden. Dies ist die Frage, welche auf höchster Ebene momentan diskutiert wird.

Es ist interessant, dass die Frage ausschliesslich mit Westerwelles Aussenpolitik in Verbindung gebracht wird.

Ja, das ist wirklich merkwürdig. Den Entscheid hat Herr Westerwelle nicht alleine getätigt, sondern im Zusammenwirken mit Frau Merkel. Sie hat aber bereits am nächsten Tag realisiert, was sie für einen Fehler begangen hat. Deswegen versuchte sie auch kräftig zurückzurudern. Doch für eine Kehrtwende war es zu spät. Zudem hat die Zusammenarbeit zwischen Paris und Berlin

«Man beginnt sich wieder um Deutschland zu sorgen.»

absolute Priorität. Wenn diese nicht mehr funktioniert, kann man Fortschritte in der EU vergessen. In deutschen und französischen Zeitungen spüre ich momentan eine sehr grosse gegenseitige Entfremdung. Dass Deutsche und Franzosen verschieden sind, brauche ich einem Schweizer nicht zu erklären. Dass Deutsche und Franzosen miteinander auskommen können, brauche ich einem

Schweizer auch nicht zu erklären. So funktioniert Europa, oder eben auch die Schweiz.

Inwieweit haben solche Spannungen im Volk Ihre Politik beeinflusst?

Ich habe nie nach Umfragen geschickt. Es ist zwar wichtig, dem Volk aufs Maul zu schauen, aber nicht nach dem Maul zu reden. Dies unterscheidet einen Populisten von einem verantwortungsbewussten Politiker. Ich bin ein Anhänger der repräsentativen und nicht der direkten Demokratie. In Deutschland befinden Sie sich in einem permanenten Wahlkampf, deswegen hat die Frage der Volksabstimmung eine ganz andere Bedeutung als in der Schweiz. Ich bin der festen Überzeugung, dass der Bürger von denjenigen Personen, die er wählt, eine feste Linie und Haltung erwartet. Ein Militäreinsatz wird in Deutschland nie populär sein, was auch richtig ist. Deswegen ist es Pflicht einer Regierung, die Bevölkerung von dessen Sinn zu überzeugen.

Befürworten Sie in Afghanistan einen deutschen Abzug?

Der Abzug kommt, die Frage ist nur, unter welchen Bedingungen. Man darf nicht vergessen, die Amerikaner sind bereits 1989 aus Afghanistan abgezogen, um später wieder zurückzukehren. So ist das Leben, man entscheidet nicht zwischen einer perfekten und

einer unperfekten Lösung, sondern man versucht unter unperfekten Lösungen die beste herauszufinden.

Wenn man Sie hört, hat man den Eindruck, dass die Regierung Merkel bereits am Ende ist.

Die Situation ist momentan wirklich unberechenbar, aber die aktuelle Koalition verfügt über eine satte Mehrheit. Ich sehe auch innerhalb der Union niemanden, der Frau Merkel gefährlich werden könnte. Der Einzige, der dazu imstande gewesen wäre, war Verteidigungsminister zu Guttenberg. Doch dieser musste ja bekanntlich wegen seiner gefälschten Doktorarbeit zurücktreten.

Zu Recht?

Vollkommen zu Recht. In diesem Punkt erkennt man auch den Unterschied zwischen Deutschland und Italien. In Deutschland verfügen wir über eine Meritokratie, welche ihre Grundsätze auch gegen einen Herrn zu Guttenberg verteidigt. Dies geht nach der Devise: «Du kannst nicht mehr weitermachen, wenn du deine Doktorarbeit gefälscht hast!», und das ist auch gut so. Das haben die Regierenden unterschätzt. Sein Sturz hat auch nichts mit Parteipolitik zu tun, im Gegenteil. Diejenigen, die Guttenberg gestützt haben, hatten gewisse Hoffnungen in ihn gesetzt. Wäre Guttenberg nicht zurückgetreten, hätte sich Deutschland allmählich zu einer zweiten Silvio-Berlusconi-Republik entwickelt, in welcher die Beliebtheit eines Politikers alle andern Kriterien ausser Kraft setzt.

Welches Ereignis wird die deutsche Gesellschaft nachhaltiger verändern: die Libyen-Geschichte oder die Nuklearkatastrophe in Japan?

Eindeutig die Nuklearkatastrophe. Wir wollten schon während unserer Regierungszeit aus der Kernenergie aussteigen und haben die entsprechenden Gesetze beschlossen. Es war von unseren Nachfolgern ein sehr grosser Fehler, diese wieder infrage zu stellen. Wir waren auch ohne die Ereignisse in Japan der Ansicht, dass die Kernkraft eine sehr gefährliche Energiequelle darstellt. Ich glaube, die Kanzlerin als Ostdeutsche hat den Mobilisierungsgrad der Kernkraft unterschätzt und das Ganze viel zu technokratisch gesehen. Mittlerweile ist die grosse Mehrheit der



Ehemaliger Marathonläufer Fischer: «Heute bin ich faul und träge geworden.»

Deutschen unserer Ansicht. Atomkraft ist nicht sauber, sicher und billig, wie von den Befürwortern ständig behauptet wird.

Ach ja ...

Ich finde es rührend, wie selbstverständlich es die Obermarktideologen akzeptieren, dass die Risiken der Atomkraft vom Steuerzahler abgesichert werden. Private Versicherungen weigern sich aufgrund des hohen Risikos, Atomkraftwerke unter Vertrag zu nehmen. Ich weiss auch, warum. Im Falle einer Nuklearkatastrophe würde dies nämlich jegliche Risikokalkulation sprengen. Würde man die öffentliche Absicherung zurückziehen, würden die Betreiber die Atomkraftwerke sofort abstellen, und das Problem wäre gelöst.

Kann man alle Kernkraftwerke in den gleichen Topf werfen?

Nein, es gibt sicher auch in der Kernforschung eine Lernkurve. Die älteren Kernkraftwerke sind inhärent weitaus unsicherer und müssen vom Netz genommen werden. Bei den neueren muss man sich jetzt über die Restlaufzeit einigen. Bezeichnend ist ja auch, dass Kernkraftwerke – und das sehen Sie in der Schweiz sehr schön – immer den Landesgrenzen entlang gebaut werden. Seit dem 11. September wissen wir auch, dass kein Gebäude vor Terroranschlägen und abstürzenden Flugzeugen geschützt ist.

Wie geht es weiter?

Die rot-grüne Regierung hat bereits vor zehn Jahren in erneuerbare Energien investiert. Dieser Markt bietet noch sehr viel Potenzial, das es jetzt zu nutzen gilt. Wir versprechen uns auch davon, dass wir nun an der Spitze dieser Technologie stehen, für unsere Wirtschaft grosse Impulse.

Spüren Sie über diese Entwicklung eine gewisse Genugtuung?

Genugtuung ist das falsche Wort. Ich bin vielmehr traurig, dass es zuerst solche Unfälle wie in Tschernobyl oder Fukushima geben musste, um eine vernünftige Lösung herbeizuführen. Gleichzeitig bin ich sehr optimistisch, dass wir nun den richtigen Weg gehen. In zehn Jahren werden Sie den Unterschied sehen, wenn Sie die Situation in Deutschland und Frankreich, welches an der Atomkraft festhält, vergleichen. Für mich ist entscheidend, dass die Mehrheit der Deutschen aus der Kernkraft raus will.

Nach dem Unfall in Tschernobyl dauerte diese Verunsicherung nicht besonders lange an, und die Kernkraft wurde auch nicht abgeschafft.

Das ist richtig. Wir Grünen machten damals den Fehler, uns viel zu ultraradikal zu gebärden. Den endgültigen Durchbruch schafften wir erst nach 1998 in der rot-grünen Regierung mit dem Atomausstiegsgesetz.

Werden die andern europäischen Staaten Deutschland damit folgen?

Wie sich die andern Staaten in dieser Frage entscheiden werden, ist deren Sache. Dies wird uns aber nicht daran hindern, das Richtige zu tun. In diesem Jahrhundert, in dem sich die grossen Schwellenstaaten industrialisieren und unseren Lebensstandard anstreben, ist ein Atomstiege der einzig richtige Weg.

Aber trotzdem, glauben Sie nicht an einen europäischen Konsens in dieser wichtigen Frage?

Nein, die Franzosen und andere werden die Kernkraft beibehalten. Doch dies ist deren Sache.

Gibt es ein grünes Lebensgefühl?

Was ist das? Ich lebe so, wie ich lebe. Ich finde es jedenfalls gut, dass viele Errungenschaften, für die wir Grüne uns in den letzten 30 Jahren eingesetzt haben, mittlerweile zum Mainstream geworden sind und auch von der Industrie mitgetragen werden, wie die aktuelle Kernkraftdebatte zeigt.

Zu Beginn Ihrer Karriere galten Sie als radikal. Wann wurden Sie ein sogenannter Realpolitiker?

Die Terroranschläge der RAF öffneten mir die Augen, dass man Probleme nicht auf der Strasse, sondern im Parlament lösen muss. Das war das Ende der revolutionären Dekade.

Sie gelten als sehr überzeugter Europäer.

Wie beurteilen Sie den momentanen Zustand der EU?

Sehr schlecht. Momentan findet in Europa ein Prozess der Renationalisierung statt. Dies ist keine Strategie, sondern geschieht einfach. Ich glaube aber, dass man die wirtschaftlichen Probleme wie auch die Bewältigung der Zuwanderung nur gemeinsam lösen kann, ansonsten brechen alle Widersprüche vollends auf.

Zur Person

Joschka Fischer (1948) gehört zu den schillerndsten deutschen Politikern. Er war von 1998 bis 2005 Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und vom 1. Januar 1999 bis zum 30. Juni 1999 Präsident des Rats der Europäischen Union. Nach der Bundestagswahl 2005 zog sich Fischer aus der aktiven Politik zurück. Zuvor war er u.a. Strassenkämpfer, Taxifahrer, Student und Umweltminister in Hessen («Turnschuhminister».) Seit dem Ende seiner politischen Karriere ist er als journalistischer Kommentator und Unternehmensberater tätig, u. a. als Lobbyist für die Energieversorger RWE und OMV. Am 7. Juni 2011 tritt er anlässlich des Internationalen Alpensymposiums im Kongresshaus Zürich auf.

Aber trotzdem hat Thilo Sarrazin mit seinem Buch «Deutschland schafft sich ab» hierzulande einen enormen Erfolg ...

Ich halte nichts von dessen Thesen. Aber lieber Thilo Sarrazin als Geert Wilders. Lieber Bücher schreiben, als regieren.

Aber kann man den Trend der Renationalisierung überhaupt stoppen?

Das ist eine Frage der politischen Auseinandersetzung. Ein Auseinanderbrechen der EU würde die einzelnen Staaten enorm schwächen.

Wie vor dem Zweiten Weltkrieg?

Nein, das meine ich nicht. Europa wird dann auch nicht mehr die Rolle spielen, um ein solches Chaos anzurichten. Wir sind mittlerweile reich, alt und schwach geworden. Daraus kommt auch die Anfälligkeit für neopopulistische Versprechen, die nun überall im Trend sind. Nehmen Sie nur den Pflegebereich. Dessen Bewältigung wäre ohne ausländische Hilfskräfte gar nicht möglich. Die Menschen werden immer älter und auch pflegeabhängiger, gleichzeitig wollen wir aber immer weniger Fremde. Wir versuchen momentan Auto zu fahren, indem wir gleichzeitig Vollgas geben und bremsen. Dies ist keine gute Strategie, um vorwärtszukommen.

Bedauern Sie nicht manchmal, dass Sie nicht mehr in der aktiven Politik vertreten sind?

Überhaupt nicht.

«Ich bedauere überhaupt nicht, dass ich nicht mehr in der aktiven Politik vertreten bin.»

Keine Gelüste? Sie gelten immer noch als einer der populärsten deutschen Politiker.

Ich bin zahlendes Mitglied der Grünen Partei. Das ist eigentlich alles. Aber ich verfolge die aktuelle Politik immer noch mit grosstem Interesse. Gleichzeitig bin ich froh, dass ich die Last und Verantwortung, die ich als Aussenminister hatte, los bin und mich meiner Beratungs- und Rednertätigkeit widmen kann.

Welcher Politiker überrascht Sie momentan am meisten?



Immer im Fokus: Bereits wird Fischer wieder als möglicher Kanzlerkandidat gehandelt.

In Europa sehe ich keinen, der mich wirklich beeindruckt. Obama war eine sehr positive Überraschung. Er hat es geschafft, aus einer misslichen Situation sehr viel herauszuholen.

Sie treten am 7. Juni am Alpensymposium in Zürich auf. Der Titel Ihres Referats lautet «Wie viel Schweiz braucht Europa?». Fürchten Sie sich vor der «Verschweigerung» der Welt?

(Lacht.) China läuft sicher nicht Gefahr zu «verschweizern». Wenn Europa «verschweizert», wird es uns entsprechend gehen. Die Schweiz hat sicher einen Sonderstatus, der aber nur so lange funktioniert, wie er ein Sonderstatus bleibt. Würde sich Resteuropa wie die Schweiz gebärden, hätte die Schweiz grosse Probleme. Wenn es der EU schlecht geht, wird dies die Schweiz langfristig auch zu spüren bekommen.

Würden Sie als Schweizer der EU beitreten?

(Lacht.) Diese Frage ist unwichtig: Die Schweiz gehört nicht zur EU und wird in den

nächsten Jahren auch nicht beitreten. Vielleicht war es ein Fehler der EU-Gegner und EU-Befürworter, 1992 den EWR abzulehnen. Ich höre aus Schweizer Regierungskreisen, dass die bilateralen Verträge mit einer dynamischen EU grosse Schwierigkeiten nach sich ziehen. Gleichzeitig ist das Risiko, dass die EU dieser Sonderwünsche irgendwann überdrüssig wird, doch gross. Mit dem EWR wäre dies sicherlich alles viel einfacher geworden. Ich glaube aber, dass die Schweiz mit der jetzigen Situation zufrieden ist. Man ist dabei, denken wir nur an Schengen und Dublin, und trotzdem nicht Mitglied. Aber sind wir ehrlich, auch innerhalb der EU vermisst niemand die Schweiz. Ihr behaltet euren Blocher und seid glücklich damit!

Noch eine indiskrete Frage: Warum haben Sie eigentlich mit Laufen aufgehört?

Ich bin faul und träge geworden. Aber jetzt ist Frühjahr, ich könnte es wieder einmal versuchen. Schau'n mer mal!